



Foto: Hann/Mannsberger

Städtebundpräsident Dr. Michael Häupl:
Kommunen funktionieren besser

rerseits sieht Fischbach-Pyttel aber auch dramatische Auswirkungen für die BürgerInnen: „In Europa haben wir derzeit die Situation, dass in manchen Ländern der soziale Ausgleich durch öffentliche Dienste massiv in Frage gestellt oder aufgehoben wird.“ Der britische Gewerkschaftsbund TUC präsentierte etwa eine Studie, in der die Auswirkungen der Sparpakete durchleuchtet wurden: Durchschnittlich betragen die Einschnitte 1.308 Pfund pro Haushalt. In Prozentbeträgen wirft das ein verheerendes Bild auf die Verteilungsgerechtigkeit: Für die ärmsten Haushalte bedeutet dieser Betrag 20,3 Prozent „Einkommensverlust“, während es für die Reichsten nur 1,5 Prozent sind.

Die Auswirkungen der derzeitigen Situation sind im Übrigen für alle Gemeinden zutreffend, wie Tho-



Foto: Hann/Mannsberger

Unterstützung für den europäischen
Aktionstag am 29. September

mas Porok vom KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung betonte: „Wir können davon ausgehen, dass ungeachtet von Standort oder Größe die Kassen der Städte und Gemeinden leer sein werden.“ Das betrifft

auch stark wachsende Regionen, die Einnahmewachse zu verzeichnen haben. Sie müssen Investitionen zur Anpassung der Gemeindeinfrastruktur an wachsende Bevölkerungszahlen tätigen. Für eine nachhaltige Lösung sieht er unter anderem die Notwendigkeit eines aufgabenorientierten Finanzausgleichs. „Ohne frischem Geld aus dem Bundesbudget wird es unmöglich, Leistungen und Investitionen der kommunalen Strukturen in gewohnter Qualität und in gewohntem Ausmaß möglich zu machen“, ergänzte in diesem Zusammenhang Meidlinger, der sich ebenfalls für eine faire Mittelaufteilung stark macht: „Wir wollen eine verteilungsgerechtere und breitere Finanzierung der Staatsausgaben durch den Ausbau vermögensbezogener Steuern, einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer und einer Bankenabgabe.“

Auch die globalisierungskritische Organisation ATTAC, die sich in Österreich bereits seit zehn Jahren für eine Finanztransaktionssteuer einsetzt, sieht das ähnlich: „Es muss Schluss sein mit Steuervorteilen für die Reichen“, stellt Obfrau Alexandra Strickner klar und fordert endlich die Umsetzung vermögensbezogener Steuern.

Gemeinsam mit Dr. Thomas Weinger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, präsentierte GdG-KMSfB-Vorsitzender Christian Meidlinger abschließend ein Thesenpapier rund um die wesentlichen strukturellen und finanziellen Herausforderungen zur Zukunft kommunaler Dienste: „Die Absicherung der Daseinsvorsorge muss gewährleistet werden. Wir können keine Veränderungen der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen akzeptieren, die die Solidarität innerhalb der Gesellschaft und den universellen Zugang zu diesen Diensten schwächen. Wir müssen auch sicherstellen, dass weitere Liberalisierungen innerhalb der EU verhindert werden.“

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Sabine Vogler

Sprecherin der AI-Arbeitsgruppe
für verfolgte GewerkschafterInnen

Bangladesch: Arbeitskampf in Textilfabriken

Seit Wochen gehen Tausende TextilarbeiterInnen auf die Straße, um einen existenzsichernden Mindestlohn einzufordern. Die Proteste verliefen zum Teil gewalttätig auf beiden Seiten; die Polizei setzte exzessiv Gewalt ein.

Laut SprecherInnen der ArbeiterInnenbewegung nutzt die Regierung die aufkeimende Gewalt als Vorwand, um die Proteste zu unterbinden. Mindestens 21 ArbeiterInnen und AktivistInnen (die tatsächliche Anzahl wird auf weit höher geschätzt) wurden verhaftet; ihnen drohen Folter und Misshandlung. Unter den Verhafteten befindet sich ein Anwalt der TextilarbeiterInnen, dem nach einem Schlaganfall dringend benötigte, fachärztliche Betreuung verwehrt wird. Mehrere ArbeiterInnen erhielten Anrufe von Sicherheitskräften, in denen sie mit dem Tod bedroht wurden.

Die Polizei kündigte an, mehrere Tausend Personen wegen Vandalismus, Brandstiftung und Plünderung während der Straßenproteste anzuklagen.

Eine Appellaktion zur Unterstützung der TextilarbeiterInnen finden Sie unter:

gewerkschafterInnen.amnesty.at